

(Beifall von der FDP)

Wir haben der kommunalen Selbstverwaltung diese Möglichkeit eingeräumt.

(Carina Gödecke [SPD] betritt den Plenarsaal.)

– Frau Gödecke, Sie kommen mir gerade recht. Sie wissen, dass ich aus Bochum komme – noch präziser: aus Wattenscheid. Wenn wir das nicht stadtteilbezogen machen würden, hätte Bochum-Wattenscheid nie eine Chance. Ich möchte aber, dass der Ort mit Zigtausend Einwohnern, in dem ich wohne, auch eine Chance hat. Das werden Sie nicht verstehen; ich sehe das aber so.

(Beifall von der CDU)

Die Kommunen werden also gebeten, uns zu informieren. Dann stellen wir Ihnen das zur Verfügung. Damit habe ich gar keine Probleme. Sie möchten, dass ich bereits heute berichte. Da es keine Meldepflicht der Kommunen gibt, weil wir kommunale Selbstverwaltung haben, müssen wir es zunächst abrufen. Das tun wir.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, weil Sie das auf die Kommunen abwälzen!)

– Herr Schmeltzer, das ist kein Abwälzen. Wollen Sie Freiheitsspielräume haben, oder möchten Sie alles auf Landesebene entscheiden?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Spielräume, die Sie einräumen, will ich nicht haben!)

– Das finde ich aber interessant.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das ist so!)

– Dann führen Sie doch einmal eine Debatte darüber, welche Änderung Sie haben wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das mit dem Sonntag ist keine Spielwiese!)

– Herr Schmeltzer, wir haben Freiheitsspielräume eingeräumt. Das Bundesverfassungsgericht hat zu dem Berliner Gesetz etwas entschieden, was die Spielräume, die wir einräumen, nicht einschränkt. Trotzdem werden wir im Detail schauen, ob es Konsequenzen gibt. Die kommunale Selbstverwaltung hat das Gericht allerdings nicht gemeint, Herr Schmeltzer. Dass mancher widerwillig mitmacht, weiß ich auch. Bei dem Sonntagsschutz werden Sie uns nicht übertreffen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. Das war wahrscheinlich die letzte Rede für den heutigen Plenartag. – Ich schließe die Beratung.

Jetzt stimmen wir ab. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Daher stimmen wir über den **An-**

trag Drucksache 14/10378 ab. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

16 Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich in Nordrhein-Westfalen (EEWärmeG-DG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9737

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10432

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/10390

zweite Lesung

Da keine Beratung vorgesehen ist, kann ich direkt zur Abstimmung kommen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10432** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Sagel **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10390** ab. Darin empfiehlt der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, den Gesetzentwurf Drucksache 14/9737 unverändert anzunehmen. Wer ist dafür? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

17 Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955